

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 310.

Sonnabend 21. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung.

Auf dem Internationalen Arbeiter-Versicherungs-Congress zu Düsseldorf hielt am 18. d. M. der Präsident, Herr, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schmidt, über die wirtschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung einen Vortrag...

Die Hauptgründer und Förderer der deutschen Arbeiterversicherung, so verhältnismäßig kurz sie auch erst in Kraft ist, sind gemeinlich, voran Kaiser Wilhelm I. und sein Kanzler, schon aus dem Leben geschieden; ihr Werk aber, so führte der Vortragende aus, hat sie, wie der Dom seine Baumeister, überlebt. Weiblich sagbar sagt es empör; ein Wahrgenoss unserer Zeit für fernere Jahrhunderte, denn nach menschlichem Ermessen wird es nicht mehr untergehen. Wohl werden Theile angebaut, Theile verändert werden, aber verschwinden wird das Werk erst mit dem deutschen Volke. Um den Werth des Erreichten klar zu machen, führte der Redner an, daß zur Zeit gegen Frankreich und 10 Millionen Personen versichert sind. Was es heißt, wenn das verdienende Familienoberhaupt oder die Stütze aller Eltern, krank, ohne Verdienst, darnieder liegt, braucht nicht erst geschildert zu werden. Sobald die Krankheit auch nur wenige Tage überdauert, pflegt ihr eine anbauende finanzielle Noth zu folgen, verbunden mit dem Verlaufe des Nothwendigsten und mit körperlicher und geistiger Niederbrückung der ganzen Familie. So war es früher; jetzt ist dieses Keuperth abgewandt; neben der Sorge um den Verlust und die Wiedererlangung der Gesundheit steht nicht mehr das Verhängnis des finanziellen Ruins der Familie. Seit 1885 sind bis Ende 1901 ausgegeben worden:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Krankengeld, Anhaltspflege, Wochenentlohn, and Sterbegeld.

Es liegt auf der Hand, wie viel Hilfe mit so großen Mitteln hat gebracht werden können. Die Zahl der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes Entschädigten betrug im letzten Jahre rund 15 Mill. Mark. Die Zahl der gegen Unfall verhehrten Personen hat sich in Folge der fortwährenden Erweiterung des Kreises der Versicherten durch neue Gesetze seit dem Jahre 1885 auf rund 17,5 Millionen gehoben. Die Zahl der entschädigten schweren Unfälle betrug in dem einen Jahre 1900: 107 604, d. h. die Zahl der tödtlich verlaufenen Unfälle und der mit einer dauernden völligen oder theilweisen Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle (die Anzahl der angemeldeten Unfälle betrug 454 341). Die tödtlich Verletzten hinterließen 5340 Wittwen, 11 398 Kinder und 220 Verwundete der aufstrebenden Gatte. Dasselbe traurige Schauspiel wiederholt sich alle Jahre und auf den ersten Blick wird klar, wiech eine Summe von Noth jene großen Zahlen repräsentirt. Aber die Hilfe ist entsprechend. Seit 1885 ist an Unfallrenten an die Verletzten und an die Hinterbliebenen gezahlt 548 Mill. Mark, an Kosten des Heilverfahrens und der Anhaltspflege 56 Mill. Mark, an Sterbegeld 5 Mill. Mark, zusammen 709 Mill. Mark. Die Zahl der laufenden Unfallrenten betrug Ende December 1901: 798 256. Endlich wurde seit 1881 — bei gegenwärtig 12,6 Millionen gegen Invalidität- und Altersrenten — bis Ende 1901 gezahlt: an Invaliden- und Altersrenten und Beitragsrückstellungen bei Heilung und Unfall 598 Mill. Mark, an Kosten des Heilverfahrens und der Anhaltspflege 24 Mill. Mark, an Beitragsrückstellungen bei Tod 8 Mill. Mark, zusammen 630 Mill. Mark. Die Zahl der Invalidenrenten-Empfänger betrug am 31. December 1901 488 945, die der Altersrenten-Empfänger 179 450. Werden die Leistungen für die drei Versicherungen zusammengezählt, so ergeben sie 1148 Mill. Mark, und zwar 2084 Mill. für Renten- und Krankengeld, 1028 Mill. für Krk., Heilmittel- und Anhaltspflege, sowie Wochenentlohn, 81 Mill. für Sterbegeld. Dazu kommen die Einlagen in die Reservefonds und die sonstigen Bestände (bis Ende 1901): der Krankencassen 105 Mill. Mark, der Unfallversicherung 185 Mill. Mark, der Invaliditäts- und Altersversicherung 620 Mill. Mark, der Knappschaftscassen 130 Mill. Mark, zusammen 1400 Mill. Mark.

Aus diesen Zahlen ergibt sich in allgemeinen Umrissen das Bild der deutschen Arbeiterversicherung nach der Seite ihrer materiellen Leistungen hin. Was aber die Zahlentausende von ehrenamtlichen Versicherungsorganen zu Gunsten der Versicherten leisten, ist nicht durch Zahlen auszusprechen. Uebrigens ist zu schätzen, daß die hohe ideale Werth des Zusammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern neben einander in derselben Organisation auf einem rein arbeitserfreundlichen Gebiete, in der Verwaltung wie bei den Schiedsgerichten. Hätte die Arbeiterversicherung keinen anderen Erfolg als diesen, so hätte es sich schon gelohnt, sie einzuführen. Die Ehrlichkeit, welche die Arbeiterversicherung dem deutschen Arbeiter in den Tagen

der Noth bietet, läßt die Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer lange nicht so rücksichtslos und erbittert als in anderen Industriestaaten sich gehalten. Ein Weiteres: gleiches Einkommen kann keine irdische Macht gewähren, aber gleiche Noth und die Befähigung zur vollberechtigten Rechtsfindung ist auf unserem großen wichtigen Gebiete den Arbeitern verliehen; die unbehinderte Ausübung ihrer ehrenamtlichen Functionen ist ihnen gesichert worden. Zudem weise nur vollzieht sich wirtschaftlich und politisch der Fortschritt der Menschheit.

Vergleicht man nach dem Gesagten das Gink und das Heut, so leuchtet ein, wie sehr der Vortheil auf Seiten der Kinderbegüterten ist; und das mit Recht. Eine weisse Staatskunst wird dahin streben, unter Schonung der Bestehenden den Beschloßenen so viel zuzuwenden, wie nur irgend möglich. Man sage nicht, die Einzelrenten zc. sei zu gering; man frage nur die Rentenempfänger und ihre Angehörigen, wie werthvoll ihnen die Rente ist, und überzeuge sich, wie sie sich kränken, selbst bei wiederlangem Erwerbsfähigkeit, sie sich schmälern oder gar nehmen zu lassen! Wer als alter Vater oder gebrechlicher Mutter im Haushalte des selbst im Nahrungsloren kämpfenden Kindes früher eine schwere Last war, ist jetzt mit seiner Invaliden- oder Altersrente, so wie es immer sein sollte, ein gern gezeichnetes Glied der Familie. Welch ein erfreulicher, wirtschaftlicher und, was mehr ist, moralischer Umsturz! Dadurch, daß die Vermehrung bei der Krankenversicherung so zu sagen ganz in den Händen der Arbeiter liegt und die Mitwirkung auch bei den anderen Zweigen immerhin so wichtig ist, daß die Arbeiter mit Recht auf die Wahlen zu den betreffenden Comiteen den größten Werth legen, gewinnen die Arbeiter nicht nur ein festes steigendes Interesse zur Sache, sondern es schwindet naturgemäß auch ihr Mißtrauen nicht allein gegen diese einzelne Institution, sondern gegen die Staatsinstitutionen überhaupt. Man es anbeten: seit manchem Arbeitgeber schwer werden, die Versicherungsbeiträge zu leisten, so ist doch nicht zu verkennen, daß das Gesamtinteresse aller mit einer erträglichen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf Gnade zusammenfällt. Darum werden auch im Allgemeinen von Seiten der Arbeitgeber wenig Klagen laut, im Gegentheil haben sie, und dies namentlich die Vertreter aus den am weitesten behafteten Kreisen der Großindustrie, eine weitere Ermittelung der Arbeiterversicherung, sogar die Witwen- und Waisenversicherung, verlangt.

Nach Befriedigung der legebereichen Einrichtungen von Krankenhäusern, Heilanstalten, Erholungs- und Genußheimen, Invalidenanstalten u. s. w., für welche Inaede insgesamt 277 844 004 M. bis Ende 1901 ausgegeben wurden (an der Spitze steht das Königreich Sachsen mit rund 36 Millionen, dann folgt Preußen mit 25 Millionen, Hannover mit 10, Pommern mit 14, Württemberg mit 15 und Baden mit 12 Millionen, mit namhaften Summen sind die großen Landesversicherungsanstalten, wie die Rheinprovinz und Schlesien theilhaftig, berichtet Dr. Müller auch die Einwirkung der Arbeiterversicherung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der heimischen Industrie, wachte sich gegen die außerhalb Deutschlands erhobenen Einwendungen und sprach die Behauptung aus, daß die Arbeiterversicherungsbewegung der Zeit eine neue Richtung gegeben und den Bestehenden nicht nur das Gewissen, sondern auch das Auge für das Nothwendige und Erreichbare geöffnet habe. Die Arbeiterversicherung ist eine Wohlthat für die Arbeiter; in ihrem ruhigen, stetigen Functioniren ist sie ferner einer der seltenen Reusen um das Reich, eine der sichersten Stützstellen für den sozialen Frieden und darum wirtschaftlich wie politisch von der größten Bedeutung. Wenn sich, so schloß der Redner, irgend die deutsche obligatorische Arbeiterversicherung als ein gutes Ding an sich erweisen hat, so muß eine ähnliche Einrichtung auch in anderen civilisirten Ländern ähnliche gute Früchte tragen; ausbleiben kann der Segen einer guten That, am wenigsten einer großen, auf die Dauer nicht. Darum wünschen wir lebhaft, daß dieser Segen, sei es in dieser oder jener Form, allen Ländern zu Theil werde!

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Juni. (Weltliche Geschichte.) In einem Schmähartikel gegen die national-liberale Partei, deren hannoversche Mitglieder ziemlich unerbötlich als Judas bezeichnet werden, bewährt das hannoversche Welfenorgan die ihm eigene Fertigkeit, mit ein paar Worten laubhafte Geschichtsfälschungen zu begeben. Die Wichtigkeit dieser Fälschungen ist um so mehr geboten, als sie, wiewohl die Redaktionen entsprechend, Kaiser Wilhelm I. betreffen. Bekanntlich ist es des Vorterrers persönliche Politik gewesen, die Preußen im Jahre 1870 während des französisch-italienischen Krieges gegen Oesterreich beizugehen. In Bezug auf die damaligen Verhältnisse behauptet das hannoversche Welfenblatt: Das deutsche Volk habe heimlich verlangt, daß der deutsche Bund Oesterreich Hilfe gewähre; ein energisches Wort des Bundes hätte den Frieden in Europa bedeutet; Preußen aber habe sie verweigert; zwar habe es getüßelt, jedoch nicht, um Oesterreich zu helfen;

Hätte Preußen für die gerechte deutsche Sache sein Schwert gezogen, so wäre damals schon Oestrich-Preußen ohne die Opfer von 1870 Frankreich abgenommen worden; um das gemeinsame deutsche Vaterland aber habe sich Preußen nur dann gekümmert, wenn sein eigener Vortheil es gebot. — Von dem vorstehenden Behauptungen des Welfenblattes ist jede einzelne entweder thatsächlich falsch, oder eine haltlose Combination. Keineswegs hat das gesamte deutsche Volk die Unterstützung Oesterreichs gefordert. Die Sybel in seiner Begründung des deutschen Reiches (Welfenausgabe, 2. Band) mit Recht ausführt, überwog in Preußen die liberale Einstellung zu Italien, während im Süden der Nationalismus die Bevölkerung zu schwarzgelber Begeisterung fortzureißen verstand. Hätte sich der Bund, beim Preußen, dem süddeutschen Verlangen nach kriegerischem Eingreifen gegenüber Frankreich und Italien gezeigt, so wäre damit der Friede in Europa doch nicht gesichert gewesen. Denn in Petersburg gab es nur eine Meinung: die Freunde über die bevorstehende Demuthigung des Oesterreichs, und zwar in solchem Grade (schreibt Sybel), daß Kaiser Alexander den Gedanken nicht verhehlte, seinerseits gegen jeden einzuschreiten, welcher Oesterreich durch Hilfsbereitschaft ermutigen würde. — Die weitere Behauptung des Welfenorgans, daß Preußen zwar rüstete, aber nicht, um Oesterreich zu helfen, wird ihrem wahren Wesen nach am besten erkannt, wenn man sich die einzelnen Phasen der Politik Wilhelm's an der Hand der knappen und gleichwohl ganz oberflächlichen Darstellung, die Erich Marcks in seinem „Kaiser Wilhelm I.“ 4. Auflage) giebt, schnell vergegenwärtigt. Als Napoleon's Abzügen sich ganz enthielten, bei Wilhelm in Wien zu Gunsten des Oesterreichischen Kaiserthums in Italien, unter preussischer Verfügung über das Bundesheer, seine Vermittelung an. Da Oesterreich die unbedingte Eingabe aller seiner Kräfte an alle Oesterreichlichen Zwecke forderte, zog Wilhelm sich zurück. Doch war er, als Oesterreich, in Italien bestrahlt, auf Wilhelm's Vorschläge zurückkam, sofort wieder zum Eingreifen bereit und mobilisirte einen großen Theil seines Heeres. Nachdem verweigert Oesterreich alle Bedingungen und beantragt die rücksichtslose Unterstützung. Da geht Wilhelm selbstständig vor, macht sich völlig kriegsbereit, beantragt beim Bundesrat seinen Oberbefehl über alle Bundesarmeen und verbürgt sich für Oesterreichs Befehlshaber, wofür nur dessen italienischen Unterthanen billige Reformen gewährt werden. Feinaste unabweislich erscheint der Krieg Preußens gegen Frankreich; aber Oesterreich will die preussische Hilfe nicht, beschränkt dem Rebenbuhler die Freiheit des Oberbefehls über die deutschen Truppen und schließt in offener Eifersucht auf Preußen den römischen Frieden von Villafranca. — Man weiß, daß Bismarck vom preussischen Standpunkte aus die Politik Wilhelm's wegen ihrer Selbstlosigkeit getadelt hat. Den Vorwurf der Selbstlosigkeit, der schon damals gegen Preußen geschleudert wurde, hat Wilhelm selbst in jenen Tagen mit tiefer Empörung zurückgewiesen. Als deutsche Officiere zu militärischen Besprechungen nach Berlin gekommen waren, rief Wilhelm nach der Aufzeichnung des Fürstentums v. Sadow ihnen im Hinblick auf jenen Vorwurf zu: „Meine Herren! Geden Sie nach Hause und schlagen Sie in meinem Namen!“ — Auch auf die jetzt erneuerten welfischen Anwürfe ist dieses königliche Wort die passende Entgegnung.

A. Berlin, 20. Juni. (Die Präsentirung des Schuldscheins.) Als kurz hintereinander mehrere socialdemokratische Organisationen für die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen sich ausgesprochen, und als dabei von der Möglichkeit eines Wahlbündnisses zwischen Freisinnigen und Socialdemokraten gesprochen wurde, vermahnte sich die „Prell. Jn.“ dagegen, daß die Freisinnigen an ein solches Bündniß nicht auf den guten Willen der Freisinnigen, sondern auf die Hauberkraft des Wortes: „Der Dien muß.“ Damit ist also gesagt, daß die Socialdemokraten im Falle einer allgemeinen Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen gar nicht daran denken, sich in die Reihen und — es handelt sich ja um öffentliche Wahlen — Gefahren der Wahlbewegung bedrohen zu lassen, um den Freisinnigen eine Reihe von Mandaten zu erhalten, bzw. ihnen eventuell neue Mandate zu verschaffen. Die Socialdemokraten wollen, wenn sie sich ernsthaft und allgemein an den Wahlen betheiligen, auch wenigstens einige Vertreter ihrer Partei im preussischen Abgeordnetenhaus sehen, was ihnen von ihrem Standpunkte aus durchaus nicht zu verwehren ist. Da sie in Folge des Dreiklassenwahlrechts aus eigener Kraft unmöglich nur einen einzigen preussischen Wahlkreis gewinnen können, so sind sie darauf angewiesen, daß die Freisinnigen ihnen helfen, bzw. ihnen das eine oder andere Mandat überlassen. Diese an sich berechtigten Forderungen kann freilich sehr leicht das ganze Wahlbündniß von vornherein zu nichte machen, denn bei der Lage der Dinge ist die Zahl der Wahlkreise, welche die Freisinnigen vielleicht mit socialistischer Hilfe erlangen könnten, eine ziemlich beschränkte, und wenn die Freisinnigen von diesen Mandaten oder gar von den ihnen sichereren Eigen einen Theil an die

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.

Bank. Vertical text on the left margin.